Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

175 (31.7.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 175. Karlsruhe, Montag den 31. Juli 1905. 25. Jahrgang.

Eid und Meineid.

Die Bückeburger Schwurgerichtsverhandlung gegen den Kellner Meyer wegen Meineids in einem Ruhstrat-Prozeß hat die Aufmerksamkeit weitester Kreise wiederum auf das herrschende Eidesverfahren gelenkt. Das Hamb. Echo läßt sich darüber u. a. aus:

Es ist dort von einem „Damoklesschwert des Meineidsverdachts" gesprochen worden, das unter Umständen Zeugen bedroht, die nach bestem Wissen und Gewissen aussagen wollen. In der Tat gehört der Meineidsparagraph zu den gefährlichsten Schlingen des deutschen Strafgesetzes. Hervorragende Kriminalisten und Psychiater haben nachgewiesen, daß die Grenze zwischen bewußt und unbewußt unwahrer Zeugenaussagen nur sehr schwer, in zahlreichen Fällen überhaupt gar nicht zu ziehen ist. Ja, die Kriminalpsychologie hat experimentell festgestellt, daß die meisten Menschen den unglaublichsten Gedächtnistäuschungen unterliegen, weil die Phantasie im Geistesleben des Durchschnittsmenschen eine viel stärkere Kraft ist, als die Selbstkontrolle.

Aber diese Forschungsresultate sind bis jetzt in der deutschen Justiz bei weitem nicht genügend gewürdigt worden; sie bedient sich immer noch der scharf gezähnten Maschinerie des Meineidsparagraphen in einer Weise, die anläßlich des Bückeburger Prozesses selbst ultrakonservative Elemente erschreckt hat.

Besonders folgender Vorfall in diesem Prozeß ist charakteristisch: Ein Zeuge konnte sich nicht besinnen, zu einem andern Zeugen eine bestimmte Aeußerung in einer bestimmten Form getan zu haben — es handelte sich darum, daß „blaue Lappen" herumgeflogen seien —, und bestritt es. Auf wiederholtes Fragen des Vorsitzenden gab er schließlich die Möglichkeit zu, daß er den Ausdruck gebraucht haben könnte, worauf der Vorsitzende in die Worte ausbrach: „Wissen Sie, in welcher Gefahr Sie sich befunden haben? Danken Sie Gott, daß Sie die Möglichkeit noch zugegeben haben." Dem Verteidiger gelang es schließlich, durch geschickte Kreuzfragen festzustellen, daß der, zu dem die Aeußerung gefallen sein sollte, seiner Sache durchaus nicht sicher war. Wohl lediglich diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß der Vorfall ohne die vom Vorsitzenden drohend aufgezeigte eventuelle Folge, der Erhebung einer Meineidsklage blieb.

Aber der Vorgang ist sehr lehrreich. Er zeigt, daß die Gerichte, wo die Erinnerungen zweier Zeugen sich nicht decken, nur zu leicht geneigt sind, einen Meineid vorauszusetzen, und daß tatsächlich jeder Zeuge in die Gefahr einer Meineidsanklage geraten kann, sobald ein anderer von demselben Vorgange eine in ganz nebensächlichen Punkten abweichende Erinnerung sich bewahrt hat.

In dieser Gefahr schweben, wie nicht nur der Bückeburger, sondern noch manch anderer Prozeß lehrt, nicht selten besonders dem sogenannten „gewöhnlichen Volke" angehörende Zeugen, deren Bekundungen den Aussagen von Personen entgegenstehen, die in hervorragender amtlicher oder sozialer Stellung sich befinden. Schon oft ist bemerkt worden, daß Staatsanwalt und Richter geneigt sind, auf die Zeugenaussagen von Beamten und Notablen mehr zu geben, als auf die anderer Menschen. Wohl die ganze öffentliche Meinung Deutschlands steht unter dem Eindruck, daß die Erhebung der Anklage gegen den unschuldigen Kellner Meyer wesentlich mit auf diese Neigung zurückzuführen ist. Wenn man annehmen könnte, daß diese Klage „ausreichend begründet" gewesen, so müßte man sagen, daß es in weitaus den meisten Fällen, wo Zeugenaussagen einander gegenüberstehen, gerechtfertigt erscheinen würde, einen der Zeugen des Meineids anzuklagen. Was sich im Falle Meyer ereignete, eine Divergenz oder Gegensätzlichkeit der Aussagen, das ereignet sich vor den Gerichten tagtäglich hundertfach, und die Meineidsanklagen müßten danach auf Zehntausende sich belaufen.

Im Jahre 1903 wurden ausweislich der Kriminalstatistik **2365** solcher Anklagen erhoben, aber nur **1307** der Angeklagten wurden schuldig befunden. In keiner anderen Strafprozeßgruppe ist die Zahl der Freigesprochenen im Verhältnis zu der der Angeklagten so groß, wie im Prozeß wegen Verletzung der Eidespflicht. Gewiß ein überzeugender Beweis, welch schwere Bedenklichkeiten unter dem Gesichtspunkte der Rechtssicherheit die Erhebung der Meineidsanklage hat; daß nur zu oft, wo nicht in der Mehrzahl der Fälle, diese Anklagen sich lediglich auf mehr oder weniger willkürliche Annahmen und Vermutungen, statt auf die erwiesene Tatsache stützen, daß eine Zeugenaussage unter Eid wider besseres Wissen gemacht worden.

Selbst Blätter, die nicht in den Verdacht kommen können, die „Autorität der Justiz untergraben zu wollen" — so die ultramontane „Germania", der konservative „Reichsbote" 2c. —, haben anläßlich des Bückeburger Prozesses erklärt, daß eine vernünftige Rechtspflege einen Zeugen, zumal einen unbescholtenen Bürger, niemals in die Gefahr bringen sollte, wegen Meineids angeklagt zu werden; mindestens sollte sie nicht das Damoklesschwert des Meineidsverdachtes über dem Zeugentisch schweben lassen. Geradezu sagt die „Germania": das jetzige Eidesverfahren sei weder zeitgemäß, noch gerecht und vernünftig."

Das haben wir bösen Sozialdemokraten schon wer weiß wie oft erklärt. Es ist nun in der bürgerlichen Presse, ohne Widerspruch von irgend einer Seite zu erfahren, ausgeführt worden, es sei notwendig und die höchste Zeit, den Voreid zu beseitigen. Diese Frage wird nicht erst jetzt erörtert, sie hat auch den Reichstag schon öfter beschäftigt, und mit aller Entschiedenheit haben dort — so besonders bei der Beratung der Strafgesetznovelle im Jahre 1899 — die sozialdemokratischen Vertreter die Ersetzung des Voreides, den die unglückliche Strafprozeß-„Reform" vom Jahre 1879 eingeführt hat, durch den Nacheid als das mindeste bei gesetzlicher Neuregelung der Eidesfrage gefordert.

Es ist geradezu ein Unding, etwas zu beeiden, was man erst aussagen soll, über das der Zeuge von vornherein sich gar nicht im Klaren sein kann. Man verfolge nur ein kriminalistisches Verhör, besonders vor dem Strafgericht. Was werden da dem Zeugen für unvermutete Fragen gestellt; wie sehr wird er nicht selten durch Kreuzfragen verwirrt; wie sehr ist er da der Unsicherheit des Gedächtnisses und subjektiven Einflüssen ausgesetzt; er steckt in Schlingen, ehe er's merkt; der Voreid zwingt ihn, in solcher Lage sich beständig der Gefahr auszusetzen, des Meineids beschuldigt zu werden, selbst wenn es sich um ganz nebensächliche Tatsachen handelt. Statt die Ermittlung der Wahrheit zu fördern, verhindert der Voreid diese Ermittlung.

Deshalb fort mit dem Voreid! Will man denn einmal nicht ablassen von der Eidesleistung überhaupt, so muß dieselbe vernünftiger- und gerechterweise nach der Aussage erfolgen, so daß der Zeuge in der Lage ist, bis dahin auf Grund nochmaliger reiflicher Ueberlegung und genauer Selbstprüfung etwaige Irrtümer berichtigen, Unwahrheiten widerrufen zu können.

Es kann keinem Streit unterliegen, daß, wie im privaten, so auch im öffentlichen Leben, insbesondere auch in der Justizpflege, die Wahrheit als sicherster und höchster Schutz des Rechtes zu gelten habe. Dabei aber können vernünftigerweise keine aus religiösen Dogmen geschöpften Motive maßgebend sein. Die dem religiösen Eid zugrunde liegende Annahme, daß durch den Meineid die Gottheit beleidigt werde, und daß es eine Aufgabe der Justiz sei, diese Beleidigung zu rächen, ist eine schon von Hugo Grotius zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts bekämpfte verhängnisvolle Abirrung von den Grundsätzen gerechter Justiz. Dieser Begriff des Meineids entspricht nicht mehr dem öffentlichen Rechtsbewußtsein; es reagiert dagegen, die Zeugenaussage vor Gericht einer religiösen Eidesformel zu unterwerfen, das Verbrechen des Meineids durch die „fälschliche Anrufung Gottes" zu konstruieren. Dieses Verbrechen fällt in demselben Augenblicke hinweg, wo die Abschaffung des religiösen Eides erfolgt.

In einigen Staaten ist man mit dieser dem modernen Rechtsbewußtsein genügenden Reform bereits vorgegangen. So in Italien und in Frankreich. Dort kennt man nur noch die Unwahrheit vor Gericht. In der Schweiz wird das falsche Zeugnis behandelt als Vergehen wider die Rechtspflege. Selbst Oesterreich hat gebrochen mit dem überlieferten allgemeinen Begriff „Meineid"; das falsche Zeugnis oder Gutachten wird dort als Betrug bestraft.

Das einzig Richtige scheint uns zu sein, für den durch falsches Zeugnis angerichteten wirklichen Schaden Vergeltung festzusetzen. Möge die Lüge an sich noch so verächtlich sein — sie unter Berufung auf religiöse oder sittliche Motive zu bestrafen, kann vernünftigerweise nicht als eine Aufgabe der Rechtspflege erachtet werden, und das um so weniger, je mehr Menschen von dem Glauben an das religiöse Dogma sich abwenden. Der gesetzliche Zwang zur Ableistung des religiösen Eides ist unvereinbar mit der verfassungsrechtlich gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit; er ist für Menschen, die nicht an die Existenz Gottes glauben, geradezu ein Zwang zur Lüge. Ja, streng logisch betrachtet, begeht der Atheist, der die Eidesformel nachspricht, schon damit einen Meineid.

Nimmt man alles das, was gegen das Eidesverfahren spricht, zusammen, so kommt man nach vernünftigem und gerechtem Ermessen zu dem Schluß: daß dieses Verfahren die Rechtssicherheit gefährdet und vielen Unschuldigen zum Unheil gereicht; daß es wirkliche Meineide nicht verhindert, und daß dem religiösen Eid kein Platz in der modernen Rechtspflege gebührt.

Politische Uebersicht.

Eine Verherrlichung der Revolution.

Mit viel offiziellem Gepränge ist in diesen Tagen das 75jährige Bestehen des Königreichs Belgien gefeiert worden. Besondere Freude soll nach deutschen Preßberichten die eifrige Beteiligung des deutschen Gesandten und eine Kundgebung des deutschen Kaisers erweckt haben. Da ist es nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß dieses Reich, das heute als ein wertvolles Glied des europäischen Staatensystems gepriesen wird, eine Schöpfung gewalttätiger Revolution gewesen ist, sein König Leopold der Erbe eines unfreiwillig enteigneten Königs von Gottes Gnaden. Von Gottes Gnaden, das heißt hier freilich, wie so oft, von Gnaden des Kriegsglücks und der Künste der Diplomatie, die nach Gottes Willen nicht mehr zu fragen pflegt, als nach dem der Völker.

Der Wiener Kongreß (1814/15), der die Neuverknotung der von Napoleon einigermaßen entwirrten europäischen Verhältnisse im Interesse der Dynastien und auf Kosten der Nationen besorgte, hatte auch das Königreich der Niederlande geschaffen: eine Verkoppelung der ehedem spanischen, dann österreichischen und seit 1792 französischen, streng katholischen südlichen Niederlande mit dem nördlichen, seit der Beseitigung der spanischen Herrschaft im 16. Jahrhundert bis zur Annexion durch Napoleon selbständig gewesenen und größtenteils protestantischen holländischen Provinzen. Holland war ein handel- und schiffahrttreibendes, Belgien ein vorwiegend industrielles Land, dazu etwa zur Hälfte und gerade in seinen maßgebenden Schichten französischer (wallonischer) Nationalität.

Diese Gegensätze führten zusammen mit einer einseitig holländischen ungerechten Begünstigungs- und Steuerpolitik der Amsterdamer Regierung zu der belgischen Revolution von 1830. Angeregt durch die Pariser Julirevolution, die das legitime Königshaus durch das Bourgeois-Königtum Louis Philippes ersetzt hatte, erhoben sich die verbündeten Liberalen und Klerikalen und brachten es nach mannigfachen Wechselfällen und dank der Hilfe Frankreichs und Englands schließlich zur Gründung eines unabhängigen Staates, dessen Krone Leopold I. aus dem sachsen-koburgischen Allerweltshause erhielt. Sein Sohn ist der noch regierende König.

Es ist also ein echt revolutionäres Gebilde, das da von Monarchen geehrt wird, schier so revolutionär wie das Königreich Italien, das der Verjagung der ältesten „Legitimitäten" sein Dasein verdankt, und als — das heutige Deutsche Reich, eine Frucht der Zersprengung des alten deutschen Bundes, der Verjagung angestammtester Landesherren und des nach Bundesrecht zweifellos landesverräterischen Bündnisses Bismarcks mit der revolutionären Monarchie der Viktor Emanuel und Cavour. Heute aber ist das alles legitim geworden — genau so legitim, wie später einmal das unabhängige Polen, das freie Rußland, das republikanische Deutschland sein werden.

„Sei im Besitze und wohnst du im Recht!"

Deutsches Reich.

Die sozialpolitischen Aufgaben des Reichstags sollen auch für die bevorstehende Session recht gering bemessen werden. Die Berl. Polit. Nachr. berichten darüber, daß für die Witwen- und Waisenversicherung, für die vor längerer Zeit bereits die Gutachten der Einzelregierungen eingeholt worden seien, die Ausarbeitung der Grundzüge noch soviel Zeit in Anspruch nehmen werde, daß an die Vorlegung des Entwurfs in der nächsten Tagung nicht zu denken sein werde. Auch das große Werk der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung werde kaum so bald zur Verhandlung reif sein. Eine allgemeine Umgestaltung der Krankenversicherung mit deren Ausdehnung auf die Landwirtschaft sei, wie bekannt, schon geraume Zeit in Arbeit, doch auch hier die Einbringung einer Vorlage von der Lage der Geschäfte abhängig. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes habe der Entwurf betr. Regelung der Heimarbeit in der Zigarrenindustrie bereits dem preußischen Staatsministerium vorgelegen, während die Gesetzentwürfe betr. den Schutz der Bauhandwerker und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine „recht weit vorbereitet" seien.

Es ist daher möglich, daß in der nächsten Tagung sozialpolitische Gesetzentwürfe an den Reichs-

Der Unkenteich.

Roman von Gertrud Franke-Schievelbein.

28) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Da trat der Pedell ins Klassenzimmer und überbrachte Richard die Botschaft des Direktors, daß er ihn nachmittags um drei Uhr in seinem Zimmer erwarte.

„Gut," sagte Richard ruhig, „ich komme."

Um die bestimmte Zeit stand er vor dem Gestrengen.

Dieser erhob sich nicht bei seinem Eintritt. Mit finsterem Gesicht, ohne ihm einen Stuhl zu bieten, schrie er ihn an: „Das sind ja schöne Sachen, die ich von Ihnen erfahren habe!"

Richard war sehr blaß. Aber gelassen sagte er: „Ich bedaure tief, daß ich mir eine Unregelmäßigkeit — eine Uebereilung —" Seine Stimme zitterte leicht.

„Unregelmäßigkeit? Uebereilung?" fuhr Urban los, wie ein bissiger Hund, der zuschnappen will. „Herr! Für derartige Dinge habe ich andere Vokabeln! Verstehen Sie mich?"

Der „Angeklagte" blickte einen Augenblick vor sich hin auf den Boden. Dann sagte er bescheiden, fast bittend: „Herr Direktor — ich will mich nicht entschuldigen — aber die Versuchung — sie war groß für einen Menschen, der solange gewartet hat auf Familienglück . . . so oft enttäuscht wurde in seinen Hoffnungen — so ein Narr des Schicksals schien. . . . Ich — ich bin ihr erlegen. Und habe ein geliebtes Weib mit hineingerissen ins Unglück —"

„Geliebtes Weib?" knurrte Urban, unter den buschigen Brauen hervor giftige Blicke werfend. „Tendenzperson, die Sie da einschmuggeln wollten Universitäten-Zirkus. Meine Tochter ist außer die sich im Reich als Privat- sind aber deutscher Nationalität: den Blutstropfen Oesterreicher oder Balten. Nicht wenigeltsam akademischen Lehrstühle waren und sind von Nichtbreiteten und deshalb schwer zu fassenden Krankheit zu tun. Und was ist, läßt sich nicht ohne weiteres auch bei einer Volkskrankheit von so eminent ahnlichem Charakter durchführen. Unmöglichkeiten darf nicht verlangt

tretend, sagte: „Meine Frau bitte ich ganz aus dem Spiele zu lassen, Herr Direktor. Ich bin der Schuldige."

„Wollen Sie mir etwa Vorschriften machen?" murrte der Direktor. Aber er wußte genau, daß er nicht zu weit gehen durfte. Er konnte diesen Menschen gebrauchen. Sein Ehrgeiz war größer als seine moralische Entrüstung. Er hätte die unangenehme Geschichte am liebsten totgeschwiegen, um dem Ruf der Anstalt nicht zu schaden und den vorzüglichen Pädagogen sich zu erhalten.

„Wollen Sie sich auch noch auf die Hinterfüße setzen?" fuhr er mit grimmigem Lachen fort.

„Verzeihen Sie, Herr Direktor, warum bin ich hier?"

„Das fragen Sie noch? Den Standpunkt wollt ich Ihnen erst mal klar machen. Ein Erzieher der Jugend — das wissen Sie wohl noch gar nicht? — soll allen voranleuchten an Selbstbeherrschung, Tugend, Sittlichkeit!"

Er war ärgerlich und erregt aufgesprungen und lief mit großen, dröhnenden Schritten umher.

„Herrgott ja!" brummte er in einer gutmütigen Anwandlung, „passieren kanns einem ja mal! Jugend hat keine Tugend. Gott, manchem steckt das so im Blut! Weiber! — Aber dann hält mans Maul. Man hängt doch nicht seinen Reinfall an die große Glocke! Man heiratet doch solche Person nicht, wenn man die geringste Achtung hat vor seinem Amt —"

„Eben weil ich die habe, Herr Direktor, darum erfüllte ich meine sittliche, meine Menschenpflicht gegen die Frau, die mir vertraute —"

„Sittliche Pflicht? Gegen eine Frau, die sich wegwarf, hat kein Mann —"

„Das sind Ansichten —"

„Na, dann müssen Sie sich auch gefallen lassen, daß nach der Vorschrift gegen Sie vorgegangen wird. So leid es mir tut und so scheußlich peinlich die Sache ist. Erst kürzlich ist uns von oben her eiserne Strenge eingeschärft worden."

Er blieb vor seinem mächtigen Schreibtisch stehn und schlug zornig auf ein Zeitschriftenheft.

„Hatten ja immer so große Rosinen!" lachte er in grimmigem Hohn. „Hier, Ihr Artikel! Zur Freiheit erziehen! Freie, starke Persönlichkeiten! Charakter! Selbstzucht! Haha! Sie sind wahrlich der Mann, solche Reformen zu predigen — Herr!"

Er redete sich immer mehr in Wut, lief durch das große, kahle, hallende Zimmer und bullerte allerlei Anklagen heraus. Aber je wilder er wurde, desto ruhiger und gefaßter blickte Richard Volkmar um sich. Jetzt war für ihn der Zeitpunkt gekommen, der angesichts einer großen Gefahr für jeden Menschen einmal eintritt.

Er hatte den Standpunkt außer sich selbst gefunden, die Angst besiegt und sah jetzt seinem Schicksal mit der Kaltblütigkeit zu, mit der wir die Entwicklung eines fremden Geschicks beobachten. Von Menschenfurcht wußte er nichts mehr. Es ist ja doch alles eins, dachte er. Und hatte bloß noch den Wunsch, einmal offenherzig alles von der Leber herunterzureden.

„Vielleicht bin ich doch gerade der rechte Mann dazu", sagte er fest, mit beinah überlegenem Lächeln.

„Sie?"

„Ja, ich. Herr Direktor, ich bin von Haus aus kein Schwächling. Wir Volkmars überhaupt — ein derber Schlag, hart gewöhnt, auch gegen uns selber. Aber die Schule — nein, wahrlich, die hat nichts getan, uns gegen die jungen rebellischen Triebe unsers Bluts zu beschützen. In Angst und Sorge, in ewiger Hast und Ueberlast haben wir unsere beste Kraft verpufft. Ochsen und ochsen, bis in die halbe Nacht hinein, das Gedächtnis vollstopfen wie einen Rucksack, in dem wie Kraut und Rüben alles durcheinanderliegt, was man im Leben an Wissen braucht — das Notwendigste zu unterst und nie zu finden — das Ueberflüssigste immer und immer obenan —"

(Forts. folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die sogenannten Sittlichkeitsbestrebungen der Geistlichkeit auf literarischem und künstlerischem Gebiete machen sich immer dümmer und unverschämter geltend. Der Urgrund dieser Bestrebungen ist die elendeste Prüderie, hinter der nicht selten schlimme Unmoral sich verbirgt. Wie weit der Unfug geht, zeigt folgende Zuschrift, die die Allgemeine Buchhändlerzeitung aus einer großen rheinischen Stadt erhält:

„Wir kleinen Buchhändler und Antiquare wissen absolut nicht mehr, welche Bücher man verkaufen darf und welche nicht. Man ist seit ein paar Jahren durch die Bazare derart geschädigt, daß man mit knapper Not seine Mieten und Steuern entrichten kann. Hiezu kommt noch, daß fast keine Woche vergeht, wo die Kriminalpolizei nicht auf Anordnung des Sittlichkeitsvorsitzenden das eine oder andere Buch konfisziert. Von der Polizei aus erhält man zwar von Zeit zu Zeit Listen der verbotenen Sachen, aber die darauf vermerkten sind größtenteils bereits abgeurteilt, so daß uns eigentlich die Verbotsliste nichts nützt.

Ich habe mein ganzes Schaufenster von nur annähernd pikanten Sachen ausgeräumt bis auf die nachstehenden drei Bücher: Buch über die Ehe von Retau, Menschensystem von Retau und Physiologie der Liebe von Mantegazza. Da kam der evangelische Pastor . . . . von hier und bat, diese drei Bücher aus dem Schaufenster zu entfernen. Als ich meine Verwunderung darüber aussprach, speziell über seine Verurteilung des Buches von Mantegazza, sagte mir der Herr Pastor, daß er vorläufig die Bitte ausspreche, die Bücher zu entfernen; würde ihr nicht Folge geleistet, so werde er in anderer Weise vorgehen müssen. Ich bin eine Frau von beinahe 60 Jahren. Zu meines Urgroßvaters Zeiten wurden Casanova, Faublas, Paul de Kock gelesen und heute, im 20. Jahrhundert, soll man Mantegazza nicht mehr ins Schaufenster legen dürfen!"

Solche Sittlichkeitsbeschützer sind doch entsetzlich beschränkte Menschen. Es ist geradezu unerhört, sie mit einer durch nichts gerechtfertigten Machtbefugnis auszustatten und auf das Gewerbe loszulassen.

Der gestörte Preischor. Vom Rhein wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Der Männergesangverein eines kleinen rheinischen Ortes hatte zum Gesangswettstreit geladen. Unter anderen kam auch ein Verein, dessen Mitglieder sich in wochenlangen Proben auf das große Ereignis vorbereitet hatten. Im Bewußtsein des sicheren Sieges betraten die wackeren Sängersmannen die Bühne. Tiefe Stille trat ein. „Schäfers Morgenlied" soll erklingen. Dreißig Lippenpaare öffnen sich und — ein brausendes Gelächter durchdröhnt den Zuschauerraum. Die Sängerschar steht ganz verdutzt und will aufs neue

tag kommen werden; welche dies jedoch sein werden, hängt auch von außerhalb der sozialpolitischen Materie liegenden Momenten ab. Darnach dürfte für die nächste Zeit eine recht magere Ausbeute zu erwarten sein. Und daß dem, was da gebraut wird, vielfach mit großer Vorsicht entgegengesehen werden muß, ist bekannt. So ist bei der Reform der Versicherung auch eine Beseitigung der Selbstverwaltung, die unseren Scharfmachern ein Dorn im Auge ist, zu erwarten und abzuwehren. Und auch die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine dürfte im Punkte der Staatsaufsicht und der Haftung der Organisationen für die Taten einzelner, aller Voraussicht nach, auch höchst bedenkliche Bestimmungen bringen. Was brauchbares an Gesetzentwürfen geboten wird, ist uns natürlich willkommen. Im übrigen aber wird die sozialdemokratische Fraktion und die hinter ihr stehende organisierte Arbeiterschaft auf dem Posten sein.

Wer getötet wird, erleidet keinen Schaden!

Ein Ehemann, dessen Frau bei einer Eisenbahnfahrt tötlich verunglückte, erhob, nach der Welt am Montag, Anspruch gegen den Eisenbahnfiskus, den er durch alle Instanzen verfocht. Schließlich wurde vom Reichsgericht durch Urteil vom 24. Mai 1905 die Revision des Klägers zurückgewiesen. Der klassische Schlußsatz dieses Urteils lautet wörtlich:

„Einen Schaden hat aber die Frau, da sie getötet worden, nicht erlitten; nur das Fahrgeld könnten ihre Erben oder der Kläger auf Grund des ehelichen Güterrechts zurückfordern; einen solchen Anspruch haben aber die Kläger nicht erhoben.“

Danach ist zu hoffen, daß bei künftigen Eisenbahnunfällen stets ganze Arbeit gemacht wird, dann tut sich der Verkehrsfiskus leicht.

Soldatenquälers Auferstehung.

Etwas über ein Jahr ist es her, daß über den Leutnant Haupt vom Kriegsgericht in Ulm wegen 59 Fällen fortgesetzter vorsätzlicher Mißhandlungen während der Ausübung des Dienstes, wegen neun Vergehen der Beleidigung, wegen sechs Vergehen der vorschriftswidrigen Behandlung, wegen zwei Vergehen der Anmaßung der Strafgewalt und wegen eines weiteren Vergehens der Anstiftung eines Untergebenen zu einer mit Strafe bedrohten Handlung, die milde Strafe von neun Monaten Festung verhängt wurde. Nach siebenmonatlichem fröhlichen Festungsleben auf dem Asperg wurde dem Leutnant **der Rest der Strafe nachgesehen.** Aber ihn wieder in der Armee zu verwenden, trug man in Württemberg Scheu; er wurde mit schlichtem Abschied entlassen. Es stand zu erwarten, daß er die Zahl der Weinreisenden, Versicherungsagenten usw., die sich ja zum Teil aus verrachten Offizieren rekrutiert, um ein schätzbares Mitglied vermehren werde.

Aber die Vorsehung hatte es anders mit ihm beschlossen. Die Gnade des preußischen Kriegsministeriums leuchtete ihm, wie folgendes von der Ulmer Zeitung veröffentlichte Aktenstück zeigt:

„Hernösand an Bord S. M. Jacht „Hohenzollern“, den 18. Juli 1905.

Haupt, kgl. Württemb. Leutnant a. D., zuletzt im Gren.-Reg. „König Karl“ (5. Württ.), Nr. 123, in der Preuß. Armee mit Patent vom 7. Februar 1900 als Leutnant d. R. des Rhein. Train-Bat. angestellt und vom 1. Aug. 1905 ab auf 1 Jahr zur Dienstleistung bei diesem Bataillon kommandiert; während dieser Dienstleistung ist sein Patent als vom 16. Febr. 1900 datiert anzusehen.“

So ist der wackere Leutnant nun vollständig rehabilitiert. Die Rekruten Preußens sollen die erzieherische Tätigkeit eines Leutnants zu verspüren bekommen, der sich in Württemberg unmöglich gemacht hat. Was Württemberg verschmäht, Preußen nimmt es mit offenen Armen auf!

Der preußische Kriegsminister v. Einem hat hoch und heilig beteuert, er werde alle Maßnahmen treffen, um die Soldatenquälereien aus der Armee zu beseitigen. Und jetzt nimmt er einen Offizier in die preußische Armee auf, der fortgesetzt vorsätzliche Mißhandlungen betrieben hat und den man deshalb in einem anderen Bundesstaate als ungeeignet abgelehnt hat!

Badische Politik.

Der Lächerlichkeit

verfällt allmählich das Entrüstungsgetue der Zentrumspresse und der kirchlichen Organisationen über den Brief des katholischen Geistlichen an den Volksfreund. Der Beobachter berichtet:

Bei der freien Konferenz des Landkapitels Wiesenthal in Säckingen kamen u. a. auch die skandalösen Auslassungen von angeblich aktiven „hochangesehenen katholischen Geistlichen“ in liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen zur Besprechung. Alle 31 Herren haben es tief bedauert, wenn unter den Priestern der Erzdiözese solche sein sollten, welche nach der Behauptung der Straßb. Post mit notorisch kirchenfeindlichen Zeitungen in geistesverwandter Verbindung stehen und in denselben Anschauungen vertreten und zu verbreiten suchen, welche mit dem kath. Dogma, aller kirchlichen Disziplin und den heiligsten Standespflichten in direktem Widerspruche stehen. Sie verurteilten einmütig eine solche beklagenswerte Verirrung und dieses Beginnen, gegen welches Ehre und Gewissen eines katholischen Priesters sich empören muß.

Diese Zuchtung einer künstlichen Empörung schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß viele katholische Geistliche mit dem Schreiber des Volksfreund-Artikels einverstanden sind.

Der Erfolg.

Seit vorigen Freitag sind in unserer Expedition 37 Bestellungen auf die Nummer des Volksfreund eingegangen, welche den Artikel des katholischen Geistlichen enthielt. Geht es so weiter, dann lohnt es sich, einen Nachdruck der betreffenden Nummer zu veranstalten.

Die 52. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands

findet am 20. bis 24. August in Straßburg statt. Die Hauptätigkeit dieser Schaustellung ist in die geschlossene Versammlung und in die Ausschüsse verlegt.

Zur Besichtigung des Kieler Hafens

sind über 200 Schüler badischer Mittelschulen in Begleitung mehrerer Lehrer abgereist. Durch Gewährung von Stipendien wurde verschiedenen unbemittelten Schülern die Beteiligung an der Fahrt ermöglicht.

Landtagswahlbewegung.

Für Karlsruhe-Land

stellten die Blockparteien Herrn Bürgermeister Ludwig Neck in Eggenstein als Landtagskandidaten auf. Von sozialdemokratischer Seite kandidiert bekanntlich Genosse W. Schäufele in Rintheim.

Ausland.

Belgien.

Die Debatten über die Befestigung von Antwerpen vertagt. Die Kammer hat nach heftigen Auseinandersetzungen die Diskussion über das Projekt, betreffend den Ausbau und die Befestigung des Antwerpener Hafens, bis zum Oktober vertagt. Die Linke beantragte die Hinausschiebung, weil sie befürchtete, daß die Rechte versuchen werde, das Gesetz durch Ueberrumpelung der Kammer zur Annahme zu bringen oder daß in den heißen Sommertagen eine Lässigkeit der Abgeordneten eintreten könne. Die Rechte war ebenfalls für die Vertagung, nur aus anderen Gründen. Sie hofft, bis zum Herbst all den Widerstand, der sich auch in ihren Reihen jetzt gegen das Projekt erhebt, zu überwinden.

In derselben Sitzung kam es noch zu einem erregten Auftritt zwischen Vandervelde und dem Präsidenten. Unser Genosse nahm das Wort, um eine Berichtigung des stenographischen Protokolls vorzubringen. In diesem Stenogramm hieß es, daß das ganze Haus die Glückwünsche des Präsidenten an den Sultan wegen dessen glücklichen Entrinnens stehend angehört hätte. Der sozialistische Redner protestiert hiergegen und stellt fest, daß seine Parteigenossen bei diesem Akt sitzen geblieben seien. Die Sozialdemokratie verabscheut alle Attentate, sie könne aber keine Sympathie bekunden einem Manne, der für die Hinschlachtung von 300 000 armenischen Christen verantwortlich sei. (Großer Beifall auf der Linken.)

Der Präsident und Minister Smet de Naeyer protestieren gegen Vandervelde, sein Vorgehen widerspreche den parlamentarischen Gepflogenheiten, man könne ausländische Herrscher in dieser Weise nicht angreifen usw. Nach einigen Zwischenrufen endet die turbulente Szene.

Rußland.

Einem schweren „politischen Verbrecher“ ist es noch wenige Monate vor der Rückeroberung Sachalins durch die Japaner gelungen, aus diesem berüchtigten Deportationsort zu entfliehen. Es war dies der Metallarbeiter Swidersti, ein Mitglied der P. P. S. Im Jahre 1900 arbeitete Swidersti in der Werszyakischen Fabrik eiserner Bettstellen zu Warschau und führte eine lebhafte Propaganda unter seinen Arbeitsgenossen. Nun stellte sich heraus, daß einer davon, Grzesiak, ein Spion war und der Polizei regelmäßig Bericht erstattete. Man überfiel ihn und schlug ihn tot. Swidersti und sein Kamerad Wozniak wurden verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt; im „Gnadenweg“ wurde das Urteil in lebenslängliche Zwangsarbeit auf Sachalin umgewandelt.

Anfang 1905 gelang es nun Swidersti, zu fliehen; nach einigen Monaten heimlichen Wanderns traf er in Warschau ein, ließ sich mit seiner getreulich harrenden Braut trauen, überschritt die Grenze und befindet sich nunmehr in Sicherheit. Seinen Freund und Genossen Wozniak dürften inzwischen schon die Japaner befreit haben.

Russische Spitzel in Ungarn. Die Fangarme des zaristischen Spitzelsystems umfassen, wie schon längst bekannt, so ziemlich die ganze Kulturwelt; namentlich sind russische Spitzel in letzter Zeit wieder ungemein tätig. Unzählige Massen von Russen fliehen gegenwärtig dem schrecklichen Schauplatz der zaristischen Blutherrschaft. Die aus Süd-Rußland kommenden Flüchtlinge benützen vielfach den Wasserweg über Budapest als den günstigsten und billigsten. Selbstverständlich handelt es sich da vielfach um Flüchtlinge, die an der hochgehenden politischen Bewegung sich beteiligt haben und nun, weil die Polizei auf sie fahndet, das Land verlassen müssen. Die russische Regierung weiß sehr wohl, daß solche Flüchtlinge, wenn sie das Knutenreich, in dem jede Regung eines freien Gedankens erstickt wird, hinter sich haben, sich gerne gehen lassen und häufig sehr vertrauensselig und mitteilsam sind. An diese drängen sich nun die russischen Spitzel als angebliche Leidensgefährten heran und versuchen von ihnen zu erfahren, welche Pläne die russischen Revolutionäre haben, ferner die Adressen ihrer Verwandten und Freunde usw. Das, was sie erfahren, berichten sie dann an die russische Polizeibehörde, die sich dann auf die in Rußland gebliebenen Opfer werfen.

Ueber derartige Fälle berichtet die letzte Nummer unseres Budapester Parteiorgans, die Volksstimme. Dort sind einige als russisch-jüdische Flüchtlinge verkappte Individuen, die sich in der oben genannten Weise an politische Flüchtlinge herangemachten, als Polizeispitzel entlarvt und mit einer gehörigen Tracht Prügel bedacht worden. Sodann wurden sie der Budapester Polizei als russische Spitzel angezeigt und mußten das Land verlassen.

Australien.

Ein Sieg der Arbeiterpartei. Im Repräsentantenhause von Südaustralien brachte der Führer der Arbeiterpartei, Price, den Antrag ein, als ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der Regierung das Haus zu vertagen. Price hatte bereits am 20. Juli bei Eröffnung der Session den gleichen Antrag eingebracht, aber der Premierminister behauptete, das Mißtrauensvotum sei in eine Form gefaßt, die unzulässig wäre und die ihm deshalb gestatte, die Abstimmung unberücksichtigt zu lassen. Nachdem der Sprecher die Form und den Wortlaut des Antrags als giltig bezeichnet hatte, wurde er mit 24 gegen 17 Stimmen angenommen. Infolge dieses Mißtrauensvotums mußte das Ministerium zurücktreten und es ist ein neues gebildet worden, an dessen Spitze Price, der Arbeiterführer, steht.

Aus der Partei.

Die Münchener Post schreibt in der Angelegenheit des Vollmar'schen Telegramms an die Tägliche Rundschau: ... Wir hätten es freilich für richtiger gehalten, wenn Vollmar, anstatt auf das Toben der Heuchlerbande hereinzufallen, uns um die Bestätigung ersucht hätte, daß er der Verfasser nicht sei. Eine Meinung, die auch von der gesamten Parteipresse geteilt wird. Und welches Entgegenkommen seine eilige Antwort an die Tägliche Rundschau gefunden hat, darüber wird ihn ein Blick in die Gazetten des bürgerlichen Wohlanstandes inzwischen belehrt haben. Indessen, der Fall ist zu wenig wichtig, als daß anders wie sehr gelassen darüber geurteilt werden sollte.

Einige besonders auf die Münchener Post giftige „liberale“ Organe sprechen dabei von einer Desavouierung unseres Blattes durch Vollmar im Sinne einer Zensur. Diese Ansicht mag dem berechtigten Knechtsgefühle der allen Launen eines Verlegers unterworfenen bürgerlichen Preßkulischaft entsprechen, auf ein sozialdemokratisches Blatt trifft das nicht zu. Die Münchener Post ist, wie jedes andere sozialdemokratische Organ, völlig unabhängig. Unsere Redaktion ist lediglich der zuständigen Parteiorganisation verantwortlich, und bei Auseinandersetzungen über Inhalt und Haltung sind die Redakteure dieser Organisation nicht untergeben, sondern allen andern Mitgliedern völlig gleichberechtigt.

Deswegen ist es auch ein Unsinn, von der Münchener Post als „Organ Vollmars“ zu reden. Vollmar hat weder, noch maßt er sich an, mehr Einfluß auf die Münchener Post als irgend ein anderer Parteigenosse.

Das mag einem beschränkten Knechtsverstande bürgerlicher Verlagslakaien wie ein blaues Wunder erscheinen, aber es ist so.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein Sklaventreiber gesucht. Im Elberfelder Generalanzeiger fand folgendes moderne Inserat Aufnahme (Geld stinkt bekanntlich nicht):

Für eine Türlischrotgarn-Fabrik wird ein solider, nüchterner

Vorarbeiter (Hackentreter),

der alle vorkommenden Arbeiten und Handgriffe flink und akkurat ausführen kann, aufgenommen. Bei Fleiß, Umsicht und guter Haltung kann er Meister werden. Offerten sind unter Chiffre M P 5351 an Haasenstein u. Vogler, Prag, zu richten.

Es gibt ja „Hackentreter“ die große Menge, das kapitalistische Ausbeutungsprinzip hat diese großgezüchtet, die Arbeiterschaft zu knechtseligen Maschinen herabgedrückt. — Bei Fleiß, Umsicht und guter Haltung kann der „Hackentreter“ Meister werden. Fleiß, Umsicht und gute Haltung im Treten, Knuffen und Stoßen, wenn ein Arbeiter mal aufzublicken wagt, führt zum Meistertitel — Verstand ist dazu nicht nötig. Es lebe die Hackentreterei!

Gerichtszeitung.

§ Karlsruher Ferien-Strafkammer 1. (Sitzung vom 28. Juli.)

Die Anklage gegen den Bäckermeister Heinrich Heckmann aus Bochingen, wohnhaft in Karlsruhe, wegen Vergehens gegen §§ 120 a und 147 a R.St.G.B. gelangte nicht zur Verhandlung.

Der in Hagsfeld wohnhafte, 18 Jahre alte Schmied Adolf Hermann Seeger aus Blankenloch entwendete in der Zeit vom 1. Mai bis 13. Juni aus dem Hause des Spezereihändlers Adolf Schmidt in Hagsfeld einen Schlüssel im Werte von 50 Pfg. und aus der Ladenkasse einen kleineren Geldbetrag. Seeger wurde wegen Diebstahls mit 3 Wochen Gefängnis bestraft.

Die schon einmal zur Verhandlung angesetzte Anklage gegen den Kaufmann und Landwirt Ignaz Rapp aus Bietigheim wegen Urkundenfälschung und Verstrickungsbruchs mußte wegen Nichterscheinens des Angeschuldigten wiederum vertagt werden. Das Gericht erließ gegen Rapp Haftbefehl.

Zwei Fälle, bei denen es sich um Anklagen wegen Sittlichkeitsverbrechens handelte, beschäftigten den Gerichtshof in geheimer Sitzung. Es ergingen folgende Urteile: Diener Philipp Hertel aus Bad Kissingen, wohnhaft in Karlsruhe, 9 Monate Gefängnis; Blechner Robert Scherer aus Rohrbach, wohnhaft in Baden, 7 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

Die Berufung des Schlossers Friedrich Wilhelm Jankowsky aus Dirschau, gegen den das Schöffengericht Karlsruhe wegen Bettels auf 3 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt hatte, wurde als unbegründet verworfen.

Der schon mehrfach vorbestrafte Kutscher Robert Hermann Hesch aus Karlsruhe, der sich im Laufe des Monats Februar von ihm bekannten Personen in Grünwinkel, Karlsruhe und Uffhausen Darlehen in Höhe von 20 Mk., 13,50 Mk. und 4 Mk. erschwindelte, erhielt wegen Betrugs im Rückfall 10 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Badische Chronik.

Bruchsal, 28. Juli. Den Lesern des Volksfreund wird der Schuhmacherstreik bei der Schuhfabrik A. Sulzberger u. Sohn noch in Erinnerung sein. Wie berichtet, wurde durch zweitägiges Verhandeln der Streik beendet und die Arbeit am 3. bezw. 4. Juli wieder aufgenommen. Der Erfolg war nicht so, wie man ihn erwartete, es kann aber auch von einem gänzlichen Mißerfolg nicht gesprochen werden. Das Verhalten der Streikenden war bis Ende ein gutes, mit Ausnahme einiger Arbeitswilligen. Verschiedene Umstände erforderten es, den Streik beizulegen. Die Firma wird in Zukunft es sich doch überlegen, ehe sie es auf einen Streik ankommen läßt. Ein Streik ist immer ein zweischneidiges Schwert, ihn zu verhindern wäre hier ein leichtes gewesen, wenn man nicht alle Verhandlungen, die unsererseits angebahnt wurden, rundweg abgelehnt hätte.

In den Verhandlungen, bei welchen der Streik beigelegt wurde, erklärte die Firma, sie beabsichtige einen „Arbeiterverein“ für die Fabrik zu gründen, dem sie als Grundkapital 500 Mk. zuschießen will. In den Verein kann eintreten, wer will, ein „Druck“ soll nicht erfolgen, der Hauptzweck der Gründung des Vereins wäre, daß die, welche keiner Organisation angehören, bei Ausbruch von Differenzen auch eine Unterstützung hätten. Das Statut soll nach dem Rezept der Firma Tack, Schuhfabrik in Burg bei Magdeburg, hergestellt werden.

Die Gründung des Vereins ist nun zur Tatsache geworden. Der feierliche Akt wurde durch Zeugen aus dem Bureau unter lautloser Stille am Montag, den 24. Juli, nachmittags 3/4 6 Uhr, vollzogen. Sämtliche Meister waren zugegen. Als 1. Vorstand wurde der Zuschneidemeister Leonhardt proklamiert, gewählt wurde nicht.

Das Eintrittsgeld ist auf 50 Pfg. festgesetzt und der Beitrag soll nach der Höhe des Verdienstes berechnet werden. Die Beiträge sollen jeweils Samstags entrichtet werden. Der Verein erhält den Namen „Arbeiterverein“; bei Krankheitsfällen soll Zuschuß gewährt werden. Die, welche der Gründung beiwohnten, wurden persönlich eingeladen; es waren nur solche, welche erst kurz im Geschäft sind und Burschen im Alter von 14—17 Jahren, also Leute, die gar nicht wissen, was es bedeuten soll, und ob sie freiwillige Mitglieder sind, das wird kein Mensch glauben. Man weiß zur Genüge, wie solche Arbeitervereine gegründet werden. Der Gründungsort war ein Lokal in der Fabrik. Die organisierten Arbeiter, welche als solche bekannt sind, wurden nicht geladen. Inwieweit sich die Sache entwickelt, werden wir im Laufe der Zeit sehen, auch wir denken, daß die Beteiligten bald einsehen, daß da ihr Platz nicht ist, sondern daß sie zu den freien Gewerkschaften gehören, wo schon längst ihr Platz gewesen wäre. Wir wollen auch sehen, ob es so beim beliebigen Beitritt bleibt oder ob man den Mitgliedern zu verstehen geben wird, was sie beim Nichteintritt zu gewärtigen haben. Wir wollen sehen, ob der Verein das wird, was er im Grunde genommen sein soll, die Unterstützung der Firma bei vorkommenden Differenzen in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten.

— Sonntag Abend spielten Knaben auf dem Kasernenbauplatz. Sie machten sich damit zu schaffen, an eisernen Toren von 3 1/2 Ztr. Schwere die Sprieße wegzunehmen, um damit Kraftübungen zu machen. Durch Entfernung der Sprieße viel ein Tor um und schlug dem zwölf Jahre alten Knaben des Schuhmachers Müller den Oberschenkel ab und einige Löcher in den Kopf.

— Am Sonntag Abend brachte man den 12jährigen Jungen des Schuhmachers Müller (Schnellsohlerei) auf der Bahre nach Hause. Er war von einem Tor im Kasernenbau, das umfiel, getroffen worden, so daß er neben Verletzungen am Kopfe auch einen Beinbruch erlitten hatte.

Pforzheim, 31. Juli. Aus den Innungskrankenkassen. Die Wahl von Generalversammlungsvertretern der Arbeitnehmer zu den Handwerkerinnungs-Krankenkassen fand vergangenen Freitag statt, und hatte wiederum das Ergebnis, daß die vom Gewerkschaftskartell aufgestellte Kandidatenliste mit großer Majorität durchging.

Im Frühjahr hatte bekanntlich schon eine Wahl stattgefunden, bei welcher ebenfalls die Kandidaten des Kartells obsiegten. Die Innungsmeister fochten deshalb die Wahlen an und erreichten, daß die Aufsichtsbehörde dieselbe kassierte mit der Begründung, es hätten Mitglieder abgestimmt, die das wahlfähige Alter noch nicht hatten.

Die Innungsmeister versuchten nun durch ein plumpes Manöver, sich auf alle Fälle den Einfluß in der Generalversammlung zu sichern. Entgegen den statutarischen Bestimmungen ordnete der Vorstand der Handwerkerinnung nur die Wahl von 15, statt von 25 Generalversammlungsmitgliedern an, um zehn der ausscheidenden, verläßlichen Elemente zurückbehalten zu können.

Gegen diese willkürliche Statutenauslegung wurde bei der Aufsichtsbehörde selbstredend sofort Einsprache erhoben und von dieser die strikte Einhaltung der statutarischen Bestimmungen angeordnet.

Trotz der größten Anstrengungen, sämtliche Parliere und Buchhalter zur Wahlurne zu schleppen, brachte es die Liste der „Meisterpartei“ nur auf 128 Stimmen, während für die Kandidaten der Gewerkschaften 308 Stimmen abgegeben wurden. Das Wahllokal war im Kassenbureau in völlig unzureichender Weise untergebracht, welcher Umstand zur Folge hatte, daß eine große Anzahl Arbeiter aus Mangel an Platz umkehrten, ohne von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, als sie sahen, daß die Liste des Kartells nicht mehr geschlagen werden konnte. Mit einer recht sonderbaren Begründung wurden anfänglich eine Anzahl Leute abgewiesen und ihnen das Stimmrecht versagt: Sie seien noch nicht lange genug hier beschäftigt! Erst auf energisches Einschreiten bequemte man sich dazu, diesen unmodizierten Einwand fallen zu lassen, mit der faulen Ausrede, es sei ein Irrtum gewesen.

Wir wollen für heute eine Erörterung darüber unterdrücken, zu welchen Vermutungen der zähe Widerstand der Kassenleitung gegen das Eindringen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den Kontrollkörper der Innungskassen führen kann.

— Feuer in Brötzingen. Samstag Nachmittag gegen 6 Uhr brach in Brötzingen ein Feuer aus, das in kurzer Zeit drei Wohnhäuser und einige Scheuern einäscherte, und zwar das Gasthaus zum Rappen und zwei benachbarte Gebäude. Bei dem fast völligen Mangel an Wasser, der erst gegen 7 Uhr einigermaßen behoben war, schien anfänglich eine größere Katastrophe bevorzustehen, ähnlich der vor ein paar Jahren, bei welcher Gelegenheit mehr als 20 Wohnhäuser 2c. abbrannten. Schließlich gelang es doch den Anstrengungen der Feuerwehr, einem Weiterumsichgreifen des Feuers zu wehren. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts Zuverlässiges bekannt.

— Verhaftet wurde in Brötzingen der 29 Jahre alte Goldarbeiter E. R. Bauer. Er wollte von zwei unehelichen Kindern das jüngste, 5 Wochen alte und kränkliche Kind mittelst Gift töten. Es blieb bei dem Versuche.

Durlach, 30. Juli. In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe wurde Rechnungssteller Peter Schmidt Unterschlagungen halber zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Davon wurden sechs Monate auf die Untersuchungshaft aufgerechnet.

Ettlingen, 29. Juli. Zwei Gipser sind am Freitag Vormittag nach der Mitteilung des Landsmann am Schulhausneubau abgestürzt.

* **Gaggenau,** 30. Juli. Beim Baden ertrank infolge eines Herzschlags der 13 1/2 Jahre alte Friedrich Wieland, Sohn des Photographen Wieland hier.

D. **Friedrichsheim** bei Marzell, 29. Juli. Nach einigen Tagen fast unerträglicher Hitze kam heute Abend die ersehnte Abkühlung. Gegen halb 11 Uhr zog über unseren Höhen ein furchtbares Gewitter mit Regen und Hagelschlag. Die Hagelkörner hatten die Größe wie Taubeneier, und heute Morgen konnte man ganze Haufen, welche von den Wassermengen zusammen gespült wurden, noch sehen. Die ganzen Feldfrüchte sind vernichtet. Gegen Südosten ist jedenfalls durch Blitzschlag ein Brand entstanden, denn der Horizont war weithin rötlich beleuchtet.

F. **Lörrach,** 30. Juli. Den Parteigenossen und Volksfreund-Abonnenten zur gefl. Notiz, daß die Volksfreund-Filiale mit dem 1. August in die Hände des Jan zer übergeht. Wir hoffen, daß künftighin alle Klagen über unpünktliche Bedienung und Nichterscheinen des Blattes verstummen werden. Und noch eine Bitte an die Herren Abonnenten: Wenn man [illegible] wie das Blatt von so vielen Wegen [illegible] verlangt, so ist es doch [illegible] wie das Blatt [illegible] Wege [illegible] Wege [illegible] Wege

* **Stockach,** 30. Juli. Ueber unsere Gegend zog vorgestern Abend ein heftiges Gewitter. Der Blitz zündete vielfach, so brannten in Unterbichtlingen eine Scheune, in Aach-Linz 3 Häuser nieder. Das Gewitter war von Hagel begleitet.

* **Kleinlaufenburg,** 30. Juli. In Binzgen brannte das Anwesen des Landwirts und Gemeinderechners Ernst Strittmatter nieder. Der Beschädigte ist versichert. Der Schaden beträgt etwa 10 000 Mk. Die Brandursache ist unbekannt.

Mannheim, 30. Juli. Im Neckar wurde die Leiche eines 20—23 Jahre alten unbekannten Mannes geländet. Derselbe war nur mit Badhose bekleidet.

* **Mannheim,** 30. Juli. Gasexplosion. Heute Vormittag ereignete sich im Reinigungsapparatraum des städt. Gaswerks Lindenhof eine Explosion von Gasen. Ein furchtbarer Schlag erfolgte. Es wurden schwer verletzt: der Inspektor Habel, der Maschinist Gottfried Becker, die Schlosser Chr. Kühner, Gg. Stollberg, Joh. Meixner. Kühner ist gestorben, Becker und Meixner befinden sich in Lebensgefahr. Der Raum ist schrecklich verwüstet. Türen und Fenster sind zertrümmert, die Glassplitter flogen weit umher.

Aus dem Reiche.

Worms, 29. Juli. Auf der Nebenbahnstrecke Worms-Gundheim wurde gestern Abend zwischen Herrnsheim und Abenheim ein Fuhrwerk aus Osthofen vom Abendzug überfahren. Ein auf dem Wagen sitzender Bahnwärter erlitt schwere Verletzungen, der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Frankfurt, 29. Juli. Der 19 Jahre alte Handlanger Jakob Jakob-Walldorf war heute Nachmittag gegen 2½ Uhr bei einem Neubau auf der Wittelsbacher Allee mit Speisziehen beschäftigt. Unerwartet rutschte plötzlich ein Balken von der Spitze des Daches herab und traf den auf der Straße stehenden jungen Mann auf den Kopf; er war sofort tot, der Balken hatte ihm die Schädeldecke zertrümmert.

Saarbrücken, 26. Juli. Der Roman eines Offizierburschen. Ein Roman aus dem Leben hat jetzt mit dem tragischen Ende seines Helden im fernen Amerika geendet. In den Jahren 1896 bis 1899 diente hier in Saarbrücken im Dragoner-Regiment Nr. 7 ein hübscher, intelligenter junger Mann namens Weibel. Nachdem er den bunten Rock ausgezogen hatte, kam er als Kutscher in die Dienste der Frau Dreyfus auf Schloß Barr bei Kolmar im Unterelsaß, einer reichen Fabrikantenwitwe; sie verliebte sich trotz ihres hohen Alters in ihren schneidigen Kutscher und heiratete ihn. Weibel wußte die Frau zu bestimmen, daß ihm die alleinige Verwaltung des gesamten Vermögens in die Hand gegeben wurde. Nun spielte der ehemalige Offizierbursche den Grandseigneur. Er hielt die teuersten Pferde und Maitressen, machte die kostspieligsten Reisen und besuchte auch Saarbrücken, wo dann die Dragoner einen guten Tag hatten. So hat er in kaum vier Jahren die Millionen seiner Frau durchgebracht. Mit dem Reste ging er vor einigen Monaten nach Amerika durch und von dort kam jetzt die Nachricht, daß ihn seine Maitresse erschossen habe. Frau Weibel-Dreyfus in Barr ist irrsinnig geworden und der Dorfgemeinde, deren Schloßherrin sie einst war, zur Last gefallen.

Aachen, 28. Juli. Gestern Abend hat ein hiesiger Arbeiter seine Mutter vom obern Stockwerk aus über das Treppengeländer hinabgeworfen, so daß die Frau tötlich verletzt ins Hospital verbracht werden mußte. Die Mutter, eine achtbare Frau, hatte ihrem Sohn, der sich von seiner Familie getrennt hatte, Vorhaltungen gemacht und ihn zur Besserung seines Lebenswandels aufgefordert.

Jena, 27. Juli. In Wenigenjena brachte ein 15jähriges Mädchen die Petroleumflasche dem Zündholz zu nahe, die Flasche explodierte und setzte das Mädchen in Brand. Lichterloh brennend lief es die Treppe hinunter und stürzte sich im Hofe in einen mit Wasser gefüllten Bottich. Am ganzen Körper mit schweren Brandwunden bedeckt, wurde das unglückliche Mädchen ins Krankenhaus getragen.

Dresden, 29. Juli. Am Karolasee im Großen Garten hat sich heute Mittag der Elektrotechniker Max Fritzsche aus Mainz erschossen.

Emden, 28. Juli. Pastor Huizenga aus Loppersum wurde auf der Station Neermoor von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 31. Juli.

Die Reform des deutschen Strafprozesses.

Dieses Thema behandelt Genosse Dr. Frank-Mannheim am Mittwoch, 2. August in der Hauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Wie schon bemerkt, werden in dieser Versammlung auch die sozialdemokratischen Landtagskandidaten für Karlsruhe-Stadt nominiert.

Buchdrucker und Sozialdemokratie.

Die Typographia Karlsruhe, der Ortsverein des Verbandes deutscher Buchdrucker, beging am Samstag und Sonntag das Fest des 40jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß hatten sich organisierte Buchdrucker aus fast allen Städten Badens in Karlsruhe eingefunden. Auch der Redakteur des Buchdruckerorgans, Herr Ludwig Rexhäuser, war von Leipzig herbeigeeilt, um beim Festakte, der gestern vormittag im Kolosseum vor sich ging, die Festrede zu halten. Das hiesige Gewerkschaftskartell war mit einer Einladung bedacht worden und so hatten sich auch Vertreter anderer Gewerkschaften im Kolosseum eingefunden.

Wenn eine Organisation 40 Jahre besteht, hat sie den Beweis voll erbracht, daß sie die Interessen der ihr angehörigen Mitglieder in jeder Hinsicht gewahrt. Insofern hatten also nicht nur die Buchdrucker Anlaß, die Erinnerungstage der Gründung der Karlsruher [illegible] graphia festlich zu begehen, für die ganze [illegible] schaft ist eine solche Feier von Bedeutung, [illegible] einer solchen Organisation eine Unsumme [illegible] ermüdlicher Kleinarbeit aufgespeichert [illegible] nis ablegt von dem Ringen und [illegible] Klasse um die Verbesserung ihrer [illegible] so mehr bedauern wir es, daß [illegible] selbst einige kritische Einwände [illegible] kratie aufleben lassen [illegible] blick auf die sie [illegible] Mayr, Karlsruhe und Neukommende Landtag wird auch ein entscheidendes Wort zu sprechen haben über das **badische Verkehrswesen.** Eine engherzige, unter preußischem Einfluß stehende Eisenbahn-Bureaukratie kundeten, wie hoch sie den Wert einer Berufsorganisation einschätzen.

Die Einleitung der Festrede verhieß nur gutes. Herr Rexhäuser schilderte die große Bedeutung der Arbeiterorganisationen und die Schwierigkeiten, die man ihnen im Gegensatz zu den Organisationen und Vereinigungen der Unternehmer seit Jahrzehnten in Deutschland bereitet. Wie sehr mußte man ihm beistimmen, als er erklärte, die Politik der Arbeiter muß die Gemeinsamkeit der Interessen anstreben und Organisation ist die unerläßliche Voraussetzung für jeden Arbeiter. Aber bald klangs anders. In Deutschland hätten die politischen Parteien den Fortschritt der Organisationen gehemmt. Die Sozialdemokratie habe manche unhaltbare Theorie in die Gewerkschaften hineinzutragen versucht. Also hat auch sie nach Meinung des Herrn Rexhäuser die Organisationen in ihrer fortschrittlichen Entwicklung gehindert. Eine derartige Behauptung bedarf heute keiner Widerlegung mehr. Eine wirtschaftliche Ziele verfolgende Körperschaft kann sich den notwendigen Einfluß auf die Gesetzgebung nur unter Anlehnung an eine der bestehenden politischen Parteien sichern. Deswegen begünstigt z. B. der Bund der Landwirte die konservative, der Zentralverband der Industriellen die nationalliberale Politik. Die beiden letzten Gewerkschaftskongresse haben erfreulicherweise ohne Rücksicht auf das Gezeter der bürgerlichen Parteien mit seltener Einmütigkeit die Zusammengehörigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in dem Ausspruche festgelegt: Partei und Gewerkschaften sind eins!

Aber weiter. Herr Rexhäuser glaubte feststellen zu müssen, daß die Gewerkschaften diesen Einflüssen nicht stand zu halten vermochten. Das habe der Kölner Parteitag bewiesen. Einen Trost fand Redner darin, daß die größere Selbständigmachung der Gewerkschaften nur eine Frage der Zeit sei. Der Kölner Gewerkschaftskongreß habe dafür hinreichend Beweis erbracht. Wir meinen dagegen, daß die Sozialdemokratie eine sehr kurzsichtige Partei wäre, wenn sie nicht in jedem Falle die Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung begrüßen würde.

Maifeier und Generalstreiksfrage sind nach Herrn Rexhäusers Meinung Fremdkörper, die nicht geduldet werden können. Verschiedene Anzeichen in den letzten Monaten deuten darauf hin, daß die meisten deutschen Gewerkschaften mit der Ausmerzung dieser „Fremdkörper" es gar nicht so eilig haben.

Recht hat dagegen Herr Rexhäuser, wenn er sagt, daß die Taktik der Buchdrucker in Bezug auf die Abschließung von Tarifverträgen allenthalben Nachahmung gefunden habe. Und niemand wird ihm zu widersprechen wagen, wenn er dann des näheren auseinandersetzt, welche Unsumme von Kleinarbeit in den Gewerkschaften geleistet wird. Aber unverständlich war es, warum er diese Darlegung mit der Randbemerkung begleitete, man betrachte die praktische Arbeit nur durch die Volksversammlungsbrille. Ja, sind denn Volksversammlungen am letzten Ende nicht ebenfalls Kleinarbeiten zur Aufklärung und Gewinnung organisierter Arbeiter. Bedauerlich also, daß der Redakteur eines Arbeiterblattes sich in einer Weise wegwerfend über den Nutzen von Volksversammlungen ausläßt, wie dies schlimmer ein ostpreußischer anmaßender Junker nicht tun kann. Völlig deplaziert war in gleicher Weise die Schlußfolgerung, daß sich über die Kleinarbeiten ja auch keine Leitartikel schreiben ließen. Wir gestatten uns die Einwendung, daß das Schreiben von Leitartikeln nicht minder notwendig ist, wie Leistung von Kleinarbeiten, die auch in der politischen Bewegung in Unmenge der Erledigung harren.

Grau, teurer Freund, ist alle Theorie! Mit diesem Ausspruch des Mephistopheles im Faust hält es Herr Rexhäuser unter allen Umständen. Theorie ist ihm ein Greuel. Mit der Resolution des Dresdener Parteitages könne man im Buchdruckgewerbe nicht vorwärts kommen. Er verhöhnt die Vorschläge Bebels auf Schaffung dunkler Uniformen und fügt hinzu, wer nicht auf Kautsky und Mehring schwöre und alles von Volksversammlungen erwarte — diese scheinens ihm ganz besonders angetan zu haben — der müsse anerkennen, daß ohne eine Taktik des Entgegenkommens die Gewerkschaften nicht auskommen könnten. Wer in aller Welt will oder kann den Gewerkschaften ihre Taktik bei Lohnbewegungen vorschreiben? Die Sozialdemokratie hat noch immer redlich dazu beigetragen, Lohnbewegungen kleiner und großer Gewerkschaften zu einem guten Ende zu führen. Beispiele anzuführen ist überflüssig. Wozu aber diese Verhöhnung und gefühlsentliche Herabsetzung des Wertes der politischen Bewegung vor organisierten Buchdruckern, die leider — das muß einmal offen ausgesprochen werden, — sich in fast allen Städten Deutschlands nicht in dem Maße an der politischen Bewegung der Arbeiterklasse beteiligen, wie es der Bedeutung ihrer Organisation entspricht? Natürlich, keine Regel ohne Ausnahme. In der Parteibewegung arbeiten gar viele Buchdrucker. Aber das Gros derselben will sich nicht dazu entschließen. Eine Aufmunterung, Herr Rexhäuser, vor allem der jüngeren Buchdrucker, wäre wirksamer und fruchtbringender für die Arbeiterbewegung gewesen.

Im Schlußworte gab Herr Rexhäuser eine kurze Uebersicht über die Erfolge der Buchdrucker, die sie in Bezug auf einheitliche Entlohnung, kurze Arbeitszeit, Setzmaschinentarif und Regelung der Lehrlingsfrage erreicht haben, die man neidlos anerkennen muß und die den Buchdruckern noch immer das größte Lob der andern Gewerkschaften eingetragen haben. Daß der Verband der Buchdrucker durch seine Unterstützungseinrichtungen vorbildlich geworden ist, daß er unter Aufwendung riesiger Summen seine Arbeitslosen über Wasser hält und dadurch viel Not und Elend unter den Organisationsangehörigen lindert, ist gleichfalls unbestritten.

Gerade deshalb hätten wir in der Festrede [illegible] legung des Verhältnisses der Buchdrucker [illegible] allgemeinen Arbeiterbewegung [illegible] zehnten gewünscht. Gerade diese Aufgaben, die **ganze** [illegible] gewesen, auf die Notfassung des Landtags unter der Buchdruckerschaft gegen erschöpfende weltliche Volksbildung [illegible] die Arbeiterschaft innige Gleichgiltigkeit der Liberalen gegen die Kultur der geplanten Reform herauskommt; wir [illegible]

Endlich ernst gemacht wird mit der **Besserung** [illegible] fordern eine einheitliche obligatorische und [illegible] Schule in Stadt und Land, wobei auf dem Lande ohne [illegible] Unterrichtszeit auf einen halben Tag verlegt werden [illegible] des Unterrichts und der Lehrmittel. Bessere Vorbildung und bessere [illegible] Aufnahme der Lehrer in den Gehaltstarif der Staatsbeamten. Festgesetzt die einzelnen Klassen auf höchstens 40 Köpfe. Erteilung des gesetzlichen [illegible] während der üblichen Arbeitszeit. Förderung von landwirtschaftlichen [illegible] Aufsicht für alle Schulen. Angemessene Vertretung der Lehrer und Aerzte [illegible] vorständen. Uebernahme aller Schullasten auf den Staat!

[illegible] kommende Landtag wird auch ein entscheidendes Wort zu sprechen haben über das **badische** [illegible] **Eisenbahnwesen.** Eine engherzige, unter preußischem Einfluß stehende Eisenbahn-Bureaukratie ordentlich stark besucht. Viele mußten stehend den Verhandlungen folgen und viele mußten wieder fort, da kein Platz mehr aufzutreiben war.

Eingangs hielt Kollege Deinhardt aus Stuttgart einen Vortrag über: „Zwölf Jahre Kampf im Holzarbeiterverband". In demselben schilderte Redner die Entwickelung der Organisation von Anfang an. Unter Aufopferung bedeutender Kräfte hat sich die Organisation durch große Kämpfe hindurch bis zu ihrer heutigen Höhe emporgearbeitet. Aber noch dürfen wir nicht ruhen, große Kämpfe stehen uns noch bevor und viele Berufsgenossen sind noch dem Verbande zuzuführen.

Der Beifall am Schluß bewies, daß die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war.

Es wurde dann das Vorhaben der hiesigen Arbeitgeber besprochen und darauf hingewiesen, daß man jedenfalls plane, der Organisation einen Schlag zu versetzen. Wenn das Vorgehen der Firma Himmelheber dazu der Anfang sein sollte, so müßte man alle Kräfte aufwenden, um gleich anfangs den Arbeitgebern zu zeigen, daß die Holzarbeiter sich nicht das Recht der Koalition nehmen lassen. Die Mißstände seien bei der Firma so groß, daß unsere dort beschäftigten Kollegen alle Ursache hätten, unzufrieden zu sein.

Als die Gründe der Entlassung unseres Vorsitzenden bekannt wurden, bemächtigte sich der Versammlung eine Erregung, wie sie selten in Holzarbeiter-Versammlungen vorkommt. Einzelne Redner gingen soweit, daß sie beantragten, sofort die Kündigung bei der Firma einzureichen. Daß dies der allgemeinen Stimmung der Versammlung entsprach, zeigte der große Beifall, der diesen Anträgen folgte. Nur dem Eingreifen einiger Kollegen von der Verwaltung ist es zu danken, daß dies nicht geschah.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Verwaltung des Verbands aufgefordert wird, die Einigungsverhandlungen abzuwarten, und dann eventuell Schritte zu tun, um die Interessen des Verbandes voll und ganz zu wahren.

Für die Monate August und September

abonniert man in unseren Filialen und bei allen Postanstalten auf den

Volksfreund.

In den nächsten zwei Monaten führt das badische Volk die Landtagswahlkämpfe. Wer sich über diese unterrichten und sich selbst in den Dienst der Arbeiterklasse stellen will, wird über den Verlauf dieser Kämpfe nur durch den Volksfreund informiert.

Also auf, zum Massenabonnement auf den Volksfreund.

* **Internationale Ballonfahrt.** Am Donnerstag den 3. August findet in den Morgenstunden eine internationale wissenschaftliche Ballonfahrt statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons auf in Pavia, Lissabon, Crinan, Trappes, Itteville, Paris, Guadalajara, Rom, Zürich, Straßburg i. E., München, Barmen, Hamburg, Berlin, Lindenberg, Wien, Petersburg, Moskau, Kasan, Blue Hill U.A.S. auf dem Atlantischen Ozean. Der Finder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet. Auf eine vorsichtige Behandlung der Instrumente 2c. wird besonders aufmerksam gemacht.

* **Verhaftet** wurde ein Matrose aus Hasmersheim, welcher dringend verdächtig erscheint, sich auf einem Schiff im Rheinhafen gegen § 175 R.St.G.B. vergangen zu haben; ferner eine von ihrem Mann getrennt lebende Frau, welche sich bei einem Umzug des Diebstahls schuldig gemacht hat.

* **Schutzmann und Arbeiter.** Der Polizeibericht meldet: Als in der verflossenen Nacht nach 12 Uhr ein Schutzmann in der Durlacherstraße den Namen eines Arbeiters, der Ruhestörungen und Beamtenbeleidigung verübte, feststellen wollte, ergriffen mehrere Kollegen des Arbeiters für diesen Partei, drangen auf den Schutzmann ein und stießen ihn mehrmals zu Boden. Da die Zahl der Angreifer sich nach und nach auf etwa 30 Mann belief, zog der Schutzmann den Säbel und den Revolver und gelang es ihm, einen der Täter festzunehmen und dessen Persönlichkeit festzustellen. Wegen Ruhestörung, Widerstand und Gefangenenbefreiung werden sich die Beteiligten zu verantworten haben.

* **Ueberfahren** wurde am Samstag Nachmittag in der Kronenstraße ein 3 Jahre altes Mädchen von einer Droschke. Die beiden linken Räder gingen dem Mädchen über die Brust. Das Mädchen wurde von der Mutter ins städtische Krankenhaus verbracht, wo[illegible] einige Rippenbrüche konstatierte. Au[illegible] Kind noch Hautabschürfungen im G[illegible] einiger Zeugen soll den Kutscher [illegible] das Kind in [illegible]

mit unbestimmtem Ziel von Berlin abgereist und man vermutet, daß er ins Ausland geflüchtet ist. Bekanntlich war dem Grafen Pückler mehrere Monate hindurch jedes Auftreten in Volksversammlungen untersagt worden. Man hielt ihn offenbar für geisteskrank und sah darin eine Rechtfertigung des Verbotes.

* **Am gelben Fieber** sind in New-Orleans drei Personen gestorben; 21 neue Erkrankungsfälle wurden gemeldet.

* **Eine sonderbare Mordtat** hat ein Teehausbesitzer in der großen japanischen Industriestadt Osaka begangen. Am Morgen des 21. Juni ergriff der Besitzer des Teehauses Yamamume-to in Osaka, namens Nakagawa, das Schwert seiner Ahnen und erschlug die Mutter, den Bruder und die Schwester seiner Frau, ferner zwei Geishas und ein Dienstmädchen. Nach diesem sechsfachen Morde legte er sein blutgetränktes Kimono ab, zog ein hochzeitlich Gewand an und begab sich, stolz wie ein Samurai, zur Polizei, um sich verhaften zu lassen. Als man ihn dort fragte, warum er denn in der jetzigen schweren Zeit, wo Japan doch Leute brauche, so grausam gewütet habe, erwiderte er kaltblütig: er habe fortwährend Streit mit seiner Schwiegermutter gehabt, und das hätte er auf die Dauer nicht aushalten können!

Rettung deutscher Seeleute durch Japaner. Die Marineverwaltung gibt bekannt, daß die Japaner von der Bemannung des bei Kap Patience (Sachalin) gestrandeten deutschen Dampfers Cäcilie vier Deutsche, zwei Engländer, einen Norweger und 36 andere Personen retteten und nach Otaru brachten. Die Rettung wurde auf Ersuchen des deutschen Gesandten unternommen.

Die Revolution in Rußland.

Ausstände.

Warschau, 28. Juli. Die Metallfabrik Aktien-Gesellschaft Sierena wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Wladikaukas, 28. Juli. Der Ausstand der Wladikaukas-Bahn dauert fort. Die Post nach Tiflis und Batum wird auf Umwegen befördert. Zur Wiederherstellung des Bahnverkehrs wurde aus Tiflis ein Eisenbahnbataillon entsandt.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Der „starke" Nikolaus.

Auf einem Telegramm, in dem die „Geistlichkeit eines Bezirks des Orenburger Kreises im Namen der 38 000 Köpfe zählenden Bevölkerung den Kaiser gebeten hatte, keinen schimpflichen Frieden zu schließen, machte der Kaiser den Vermerk: Das russische Volk kann sich auf mich verlassen, niemals werde ich einen schimpflichen oder des großen Rußlands unwürdigen Frieden schließen.

Verläßt sich das russische Volk auf seinen Kaiser, dann ist es sicherlich verlassen.

Neue Kämpfe auf der Insel Sachalin.

Die Japaner vertrieben am 28. Juli die Russen aus dem Gebiete von Rykowsk auf Sachalin und nahmen die Stadt ein, wobei es zu Straßenkämpfen kam. Später stießen sie südlich von Rykowsk auf 800 Mann russische Infanterie und schlugen sie, **200 Russen fielen,** 500 wurden gefangen genommen.

General Stössel

ist unter Belassung in seiner Eigenschaft als Generaladjutant der Stellung als Kommandeur des dritten sibirischen Armeekorps enthoben worden.

Letzte Post.

Meerane, 29. Juli. Wie die Meeraner Ztg. berichtet, ist bereits an die Firmen, welche der sächsisch-thüringischen Färber-Konvention angehören, die telegraphische Mitteilung ergangen, ihre Betriebe am Montag zu schließen.

Der Glauchauer Zeitung zufolge lehnte die am Freitag Vormittag abgehaltene Färbereiarbeiterversammlung den von der Färbereikonvention angebotenen Mindestlohn von Mk. 2.35 pro Tag mit erheblicher Mehrheit ab.

Das Attentat auf den Sultan.

Des Attentäters ist man noch nicht habhaft geworden. Heute liegen zwei Meldungen vor, die erste besagt: In Polizeikreisen in Konstantinopel verlautet, daß das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Attentats auf den Sultan darauf hindeutet, daß es von Armeniern verübt worden ist. [illegible] daß der

Wähler! Parteigenossen!

[illegible] wichtigsten Forderungen, welche die Sozialdemo- [illegible] das Interesse der Volkswohlfahrt an den Landtag stellt. **Ihre Durchführung wird nur nach zähem Kampfe mit der Regierung, dem Zentrum und den „Block"-Parteien möglich sein.**

Die **Regierung** hat sich seit Jahren in das Schlepptau der preußisch-kosakischen Polizeiknüppel-Politik nehmen lassen. Die im Landtag festgestellte parteiische Haltung gegen die Arbeiterklasse, die Wahlrechtsverschlechterung, die Gesinnungsschnüffelei bei den Rekruten, die Ausweisung harmloser russischer Studenten und ausländischer Arbeiterorganisatoren, sowie der neueste unerhörte Streich gegen die proletarische Friedenskundgebung in Konstanz zeigen das zur Genüge. **Von dieser Regierung ist eine einsichtige Förderung der Volkswohlfahrt nicht zu erwarten!**

Und die **bürgerlichen Parteien,** Block, Zentrum, Konservative, Antisemiten oder wie sie sich sonst nennen, **waren noch immer zumeist Förderer und Verteidiger der Regierungspolitik!** Soll es anders werden, dann muß die Wahl **gegen die Regierung** und **gegen diese Parteien** ausfallen!

Landtagswähler! Die Sozialdemokratie hat in allen 73 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Ihr habt Gelegenheit, wenn Ihr mit unseren Forderungen einverstanden seid, dies mit dem Stimmzettel zu dokumentieren und überall gegen die Regierung und ihre Verteidiger, die bürgerlichen Parteien, zu stimmen. Die Zeit ist ernst, der Kampf wird hart. Geht, organisiert und agitiert!

Wählt sozialdemokratisch und sorgt im eigenen Interesse, daß Recht und Freiheit und Wohlfahrt für jedermann im Lande einkehren!

Der Landesvorstand der Sozialdemokratie Badens.

Politische Uebersicht.

Deutsche Wissenschaft hüte dich!

Aus Universitätskreisen schreibt man der Frankfurter Zeitung: „Sicherem Vernehmen nach ist in Preußen verfügt worden, daß hinfort Ausländer nur mit besonderer Erlaubnis des Unterrichtsministeriums zur Habilitation an preußischen Universitäten zuzulassen seien. Diese Verfügung ist sehr zu bedauern. Sie zeigt die Tendenz, nichtreichsdeutsche Gelehrte von unseren Universitäten auszuschließen. Fast alle „Ausländer", die sich im Reich als Privatdozenten habilitieren, sind aber deutscher Nationalität: deutsche Schweizer, Oesterreicher oder Balten. Nicht wenige unserer akademischen Lehrstühle waren und sind von solchen Ausländern besetzt, und darunter befinden sich Männer glänzenden Namens. Und so lehrten und lehren wiederum viele reichsdeutsche Professoren an schweizerischen und österreichischen Universitäten; vor der Russifizierung war das mit der Universität Dorpat erst recht der Fall.

Diese Gemeinschaft fest zu wahren, ist ein dringendes Bedürfnis der deutschen Wissenschaft, die ja noch weniger abgeschlossen ist als die deutsche Litteratur. Es mag freilich auch einen korrekten Standpunkt geben, dem die „Ausländer" Keller, K. F. Meyer und die Ebner-Eschenbach nicht als speziell deutsche Litteraturgrößen gelten. Wenn sich nun aber ganz vereinzelt einmal ein wirklicher Nichtdeutscher an einer deutschen Universität als Privatdozent niederläßt, so ist vorauszusetzen, daß er von besonderem wissenschaftlichen Eifer zu diesem Schritt getrieben wird. Für so äußerst seltene Fälle bedarf es ja keiner eigenen Bestimmungen. Und auch sonst ist diese Maßregel unzweckmäßig. Ob ein junger Doktor der venia docendi würdig sei, das vermögen die Fakultäten jedenfalls weit besser zu beurteilen, als der Minister oder der ihn inspirierende geheime Rat, selbst wenn es sich um so weise Männer handelt, wie die Herren Studt und Althoff!

Als Motiv der Neuerung wird freilich die Gefahr angegeben, daß man solche Ausländer aus Anstandsrücksichten vielleicht doch einmal werde bezahlen müssen. Aber der Staat gibt dem, der sich habilitiert, keinerlei Garantie für seine dereinstige Beförderung, und schließlich kommt das armselige Gehalt, das man aus Menschlichkeit vielleicht nach Jahren einem Dozenten doch bewilligt, gar nicht in Anschlag bei einem Budget von ungezählten Millionen. Wir haben hier in Wirklichkeit einen weiteren Schritt auf das Ziel hin, den preußischen — und dadurch auch den andern deutschen — Universitäten alle Selbständigkeit zu nehmen, sie ganz schematisch zu regulieren und die akademische Laufbahn zu einer Beamtenlaufbahn zu machen. Würde dies Ziel erreicht, so wäre das ein unberechenbarer Schaden für die Wissenschaft."

Die herrschenden Kreise pfeifen auf die Wissenschaft, wenn sie nicht ihren Zwecken dient.

Ein wichtiger Tag.

Am 28. Juli war ein Jahr vergangen, seit den Minister des Innern v. Plehwe das Geschick er-

Bekanntmachung.

Nr. 56781. Tab. P. 103. Am 18. Juli d. Js. wurde im Rhein auf Gemarkung Daxlanden eine männliche Leiche geländet, die nur mit zwei um die Hüften geschlungenen Taschentüchern bekleidet war und etwa 8—14 Tage im Wasser gelegen sein dürfte.

Die Leiche entspricht einem Alter von 30—35 Lebensjahren, ist etwa 1,70 Mtr. groß, trägt kleines blondes Schnurrbärtchen, dunkelblondes Kopfhaar, hat schwärzliche, gut erhaltene Vorderzähne. Auf der Innenseite des rechten Vorderarms befindet sich folgende Tätowierung: 2 gekreuzte Hämmer, ein Schieferdeckerhammer, ein Winkel und eine Wasserwage, darüber eine Krone, unter dem Wappen ein Kranz und die Jahreszahl 1897 sowie ein etwa 10 Zentimeter langer Anker. Auch auf der Außenfläche der rechten Hand ist ein Anker eintätowiert. Das eine der Taschentücher, mit der die Leiche bekleidet war, ist von hellroter Farbe. An je zwei parallelen Seiten befinden sich weiße bezw. dunkelrote mit dunkelblauen und hellroten Streifen durchzogene etwa 4 Zentimeter breite Ränder. Das zweite Taschentuch ist dunkelblau mit einigen weißen Punkten, hat 5 Zentimeter breiten, weißen, blaugestreiften, gezackten Rand, auf dem sich dunkelblaue große schräg stehende Rechtecke befinden.

Ich bitte um Mitteilung von Anhaltspunkten, die zur Ermittlung der Persönlichkeit des Verstorbenen führen können. Es ist möglich, daß die Kleidungs- und Wäschestücke, die am 7. ds. Mts. am Rheinufer auf Gemarkung Dorf-Kehl gefunden wurden, zu der Leiche gehören.

Karlsruhe den 29. Juli 1905.

Der Großh. Staatsanwalt:
Schwoerer.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für das städtische Krankenhaus erforderlichen **Wäsche-, Kleidungs- und Bettstücke** soll im Wege des Angebotsverfahrens vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens

Samstag den 5. August 1905, nachmittags 1 Uhr,

bei der Verwaltung des städtischen Krankenhauses, Adlerstraße 29, Zimmer Nr. 4, einzureichen.

Ein Verzeichnis, sowie Muster der zu liefernden Gegenstände können täglich nachmittags von 3—5 Uhr bei obiger Verwaltung eingesehen werden.

Die Wahl unter den Submittenten bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Karlsruhe, den 26. Juli 1905.

Krankenhaus-Kommission.
2875.2 Siegrist. Jäger.

Bekanntmachung.

Nr. 8815. Das Krematorium kann gegen eine an den Friedhofaufseher zu entrichtende Gebühr von 50 Pfg. für die Person bezw. von 1 Mark für mehrere an einer Besichtigung teilnehmenden Personen, besichtigt werden.

Der Friedhofaufseher ist angewiesen, bei der Zahlung Eintrittskarten abzugeben.

Friedhof-Kommission:
Horstmann. Jakobi.

Bekanntmachung.

Nr. 15081. Die Herren Mitglieder des **Bürgerausschusses** werden hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf

Montag den 31. Juli d. Js., nachmittags 3 Uhr

in den großen Rathaussaal ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Anstellung des städtischen Revisors Karl Jakobi.
2. Bewilligung eines Nachtragskredits für die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes der städtischen Straßenbahn.
3. Ankauf der Häuser Karl-Friedrichstraße Nr. 8, Zähringerstraße Nr. 96, 98 und 100.
4. Herstellung von Strecken der Haydnstraße, der Mozartstraße und der nördlichen Hilda-Promenade, sowie Herstellung des Haydn-Platzes.

Da derzeit zahlreiche Mitglieder des Bürgerausschusses von hier abwesend sind, werden die anwesenden Herren dringend ersucht, sich tunlichst vollzählig zur Bürgerausschussversammlung einzufinden. 2851 2

Karlsruhe den 20. Juli 1905.

Der Oberbürgermeister:
J. V.: Siegrist. Lacher.

Ferienkolonien
für arme kränkliche Schulkinder der Stadt Karlsruhe.

Die uns im vergangenen Jahre so reichlich zugeflossenen Beiträge lassen uns hoffen, auch in diesem Jahre wieder offene Herzen und Hände für unser Unternehmen zu finden, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, in den Sommerferien möglichst viele arme, kränkliche Kinder zur Stärkung ihrer Gesundheit auf das Land senden zu können.

Indem wir ebenso herzlich als dringend um Beiträge an Geld und Kleidungsstücken (für Kinder im Alter von 11—14 Jahren) bitten, erklären wir uns gerne zur Entgegennahme von Zuwendungen bereit.

Schließlich erlauben wir uns noch, auf den soeben zum Versand kommenden Jahresbericht mit dem Bemerken hinzuweisen, daß derselbe auf unserer Geschäftsstelle — Kreuzstraße 15, Rektorat — unentgeltlich abgegeben wird.

Karlsruhe den 31. Mai 1905. 2219

Das Komitee:

Ehrenmitglied: Specht, Hofrat, Hirschstr. 62; Dr. Appel, Stadtrabbiner, Kaiserstr. 34a; Dr. Bähr, Medizinalrat, Kaiserstr. 223; Dr. Brian, Medizinalrat, Amalienstr. 79; Dr. Doll, prakt. Arzt, II. Vorsitzender, Ritterstr. 26; Fritz, Hauptlehrer, Klauprechtstr. 22; Geier, Hauptlehrer, Schriftführer, Bahnhofstr. 44; Dr. Gerwig, Stadtschulrat, I. Vorsitzender, Friedenstr. 27; Föhrenbach, Geh. Ober-Regierungsrat, Karl-Friedrichstr. 15; Hahner, Werkführer, Durlacher Allee 16; Händel, [illegible] 11; [illegible] treulich her[illegible] Grenze und [illegible] Seinen Freund [illegible] zwischen schon die Japaner befreit haben.

Russische Spitzel in Ungarn. Die Fangarme des zaristischen Spitzelsystems umfassen, wie schon längst bekannt, so ziemlich die ganze Kulturwelt; namentlich sind russische Spitzel in letzter Zeit wieder ungemein tätig. Unzählige Massen von Russen fliehen gegenwärtig dem schrecklichen Schauplatz der zaristischen Blutherrschaft. Die aus Süd-Rußland kommenden Flüchtlinge benützen vielfach den Wasserweg über Budapest als den gün-

Sozialdemokrat. Verein Karlsruhe.

Mittwoch den 2. August, abends halb 9 Uhr im **„Auerhahn“**, Schützenstraße,

Haupt-Versammlung.

1. **Vortrag des Genossen Dr. Frank-Mannheim**
über:
„Die Reform des deutschen Strafprozesses“.
2. **Aufstellung der Kandidaten für die 4 Karlsruher Bezirke.**

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Höhere Mädchenschule mit Mädchengymnasium Karlsruhe.

Mit Beginn des kommenden Schuljahres (12. September) wird an der Höheren Mädchenschule eine

Fortbildungsklasse

errichtet.

I. **Bedingung für die Aufnahme** ist das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch der obersten (ersten) Klasse einer Höheren Mädchenschule oder einer gleichwertigen Anstalt, sollte auch der Schulbesuch seit einem oder zwei Jahren unterbrochen sein.

II. Der **Unterricht** ist schulmäßig und umfaßt 17 Pflichtstunden, 5 weitere nach **Wahl**; das **Honorar** beträgt 81 Mk. jährlich.

III. **Lehrgegenstände,** erteilt durch den Direktor, 4 Professoren und 3 Lehrerinnen der Anstalt sind:
1. **Deutsche Literatur:** Goethe (2. St.) und das 19. Jahrhundert (3 St.);
2. **Geschichte:** Staatenentwicklung (namentlich) im 19. Jahrhundert und Bürgerkunde (3 St.);
3. **Kunstgeschichtliche Belehrungen,** anknüpfend an Besuche von Bauwerken und Karlsruher Museen, sowie Einführung in die Elemente der **Psychologie** (3 St);
4. **Naturwissenschaften:** Biologie, Anthropologie (mit elementarer Hygiene), Physik (4 St.);
5. **Fremdsprachen** (nur **eine** obligatorisch, die andern nach Wahl): Französisch, Englisch und Italienisch (je 2 oder 3 St.) mit besonderer Berücksichtigung der Sprechfertigkeit und der Lektüre moderner Literatur.

Anmeldungen nimmt die Direktion entgegen am 25. bis 29. Juli von 12 bis 1 Uhr und am 12. September im Direktionszimmer (Sofienstraße 14); vergl. Jahresbericht.

Karlsruhe den 21. Juli 1905. 2853

Großherzogliche Direktion.
Keim.

Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht

Karlsruhe, 1 Kreuzstrasse 1

gewährt ihren Mitgliedern

Vorschüsse auf bestimmte Zeit,
Kredite in laufender Rechnung
und
diskontirt Wechsel;

sie besorgt

An- und Verkauf von Effekten u. dergl.,
Umwechselung von Zins- und Dividenden-Scheinen und fremden Geldsorten,
Einholung neuer Coupons- und Dividendenbonge, Umtausch von Interimsscheinen in definitive Stücke u. dergl.
Einkassierung von Wechseln,
Auszahlungen und Wechsel nach europäischen, amerikanischen und allen sonstigen fremden Plätzen.

Dieselbe nimmt auch von Nichtmitgliedern

Baareinlagen auf Check-Konto, auf Sparbuch und mit längerer Kündigung,
sowie
verschlossene und offene Depôts zur Verwahrung und Verwaltung unter voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes;

sie vermiethet

in ihrer unter Anwendung aller Erfindungen und Fortschritte der Kassenbautechnik neuerbauten

Stahlkammer

Schrankfächer, zur Aufbewahrung von Dokumenten Werthpapieren, Edelmetallen u. Schmuckgegenständen bestimmt unter Selbstverschluss der einzelnen Miether.

Bekanntmachung.

Nr. 15350. Die Sprechstunden der Herren Stadtärzte betr.

Nachdem Herr Dr. Hoffmann seine Stelle als Stadtarzt niedergelegt hat und Herr Dr. Bauer, Wilhelmstraße Nr. 9, als dessen Nachfolger ernannt wurde, sind die Sprechstunden der Herren Stadtärzte in der städtischen ambulatorischen Klinik (Rathaus, Zimmer Nr. 84) wie folgt festgesetzt:

	1/2 9—10 Uhr.	11—1/2 1 Uhr.	3—1/2 5 Uhr.	4—1/2 6 Uhr.
Montag:	Resch u. Steiner	Helbing	Bauer	Sternberg
Dienstag:	Helbing u. Sternberg	Resch	Bauer	Steiner
Mittwoch:	Resch u. Steiner	Helbing	Bauer	Sternberg
Donnerstag:	Helbing u. Sternberg	Resch	Bauer	Steiner
Freitag:	Resch u. Steiner	Helbing	Bauer	Sternberg
Samstag:	Helbing u. Sternberg	Resch	Bauer	Steiner

An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ist die Klinik geschlossen. Die Herren Stadtärzte können an diesen Tagen **in dringenden Fällen** in ihren Wohnungen aufgesucht werden. 2874

Karlsruhe den 24. Juli 1905.

Arbeiterversicherungs-Kommission:
Dr. Horstmann. Schumann.

Kappelrodeck.

Genosse **Konrad Homfischer,** Steinhauer, übernimmt mit 1. August die hiesige Filiale und bitten wir, Reklamationen über unregelmäßiger Zustellung des Blattes an denselben zu richten.

Expedition des Volksfreund.

Arbeiterfrauen!
bezieht Euch bei Einkäufen stets auf den
„Volksfreund“.

Nächste grosse! Wohltätigkeits-Geld-Lotterie
des Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz.
Ziehung bereits 12. August
Beste Gewinnchancen!
3388 Baargewinne ohne Abzug M.
44,000
1. Hauptgew. Mk. 15,000
2. „ „ 5000
2 à 1000 = Mk. 2000
4 à 500 = Mk. 2000
3380 Gew. zus. 20,000
Los 1 M. 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 30 Pf. versendet **J. Stürmer,** Gen.-Deb., Strassburg i. E., in Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr. 11/15. 2414.16
In Karlsruhe: E. Dahlemann, J. Heppes, Chr. Wieder. In Karlsruhe: L. Michel, F. Haselwander, E. Pfluge.

Genossen!
Bei Bedarf von **Vereins- und Festabzeichen, Erinnerungsbänder, Rosetten, Schleifen, Vereinsfahnen** usw. bitten wir, unsere **Webereiproduktivgenossenschaft,** in der Gemaßregelte beschäftigt werden, zu berücksichtigen.
Gewerkschaftskartell Lörrach,
L. Goll, Thurmstr. 9.

Sofienbad.
Sofienstr. 85. Gute Bedienung. Wannenbäder I. Kl. 50 ₰, Abonnement billiger, II. Kl. 30 ₰. **Kurbäder** billigst.
Täglich geöffnet von morgens 7 bis abends 9 Uhr. Sonntags bis 12 Uhr.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe. 2772.52

Die **Bayn'sche**
Vogel-Handlung
befindet sich 2571
Zähringerstrasse 51.

Uhrenreparaturen
unter Garantie bei billigster Preisberechnung. Eine **Feder 1.25, Glas, Zeiger je 25 Pfg.** 2599
Karl Siede, Uhrmacher,
Wielandstr. 20.

Arbeits-Vergebung.

Die nachverzeichneten, bei Neupflasterung der Kriegstraße zwischen Kronen- und Kapellenstraße, Linkenheimerstraße und Marienstraße nördlich der Augartenstraße erforderlich werdenden Arbeiten als:

1. Pflästererarbeiten,
2. Erdarbeiten und Gestückherstellung,
3. Fuhrleistungen

sollen vergeben werden.

Schriftliche Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Freitag den 4. August 1905, vormittags 10 Uhr

beim Tiefbauamt einzureichen, woselbst Bedingungen und Pläne zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare abgegeben werden.

Karlsruhe den 28. Juli 1905.

Städtisches Tiefbauamt.

Taglöhner-Gesuch.

Beim städtischen Tiefbauamt können ca. 40 Taglöhner event. zu dauernder Beschäftigung eingestellt werden. 2695

Anmeldungen von 8—9 Uhr morgens Rathaus Zimmer 93, Zugang durch den Turm.

Karlsruhe, 13. Juli 1905.

Städtisches Tiefbauamt.

Vernickler,
tüchtiger, solider, **sofort gesucht.**
Lohn per Tag Mk. 5.—
Off. unter **B. 2330** an **Haasenstein & Vogler, A.-G. Karlsruhe.** 2913.3

Chaiselongue
ganz neu, mit **Rosshaar** u. **prachtvoller Decke,** für nur **38 Mk. zu verkaufen.** Schützenstraße 56, Tapezier **Köhler.** 2500

Ein möbliertes Zimmer
mit 1 oder 2 Betten ist an solide Arbeiter zu vermieten. 2920
Luisenstraße 43, 2. St. rechts.

Karlsruher Sehenswürdigkeiten.

Großh. Kunsthalle. Linkenheimerstraße 2. Unentgeltlich geöffnet Sonntag, Mittwoch und Freitag: vormittags von 11—1 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Im **Großh. Kupferstichkabinet** Menzel-Ausstellung. Neu eingerichtet: Wechselnde Ausstellung großer Kunstblätter. Geöffnet zu den üblichen Besuchsstunden der Großh. Kunsthalle, sowie Donnerstags von 10—1 Uhr.

Großh. Landesgewerbeamt. Karl-Friedrichstraße 17. Unentgeltlich geöffnet,

Ausstellung: Dienstag bis Samstag von 10—12 und 2—4 Uhr. Sonntags von 11—1/2 1 und 2—4 Uhr.

Bibliothek und Vorbildersammlung. Vormittags: Montag bis Samstag von 10—1/2 1 Uhr. Nachmittags: Dienstag bis Samstag von 1/2 3—5 Uhr, außerdem in den Monaten April, Mai und Juni: abends: Dienstag und Freitags von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr. Während des Monats Juli ist die Bibliothek wegen Versturzes geschlossen.

Auszüge aus der Rechtsprechung.

Durlach, 30. Juli. In der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe. Rechnungssteller Peter Schmitt [illegible] halber zu drei Jahren Gefängnis. Davon wurden sechs Monate auf die Untersuchungshaft des Vaters angerechnet.

Ettlingen, 29. Juli. Zwei Gipser sind am Donnerstag Vormittag nach der Mitteilung des Landsmannes [illegible] Schulhausneubau abgestürzt.

* **Gaggenau,** 30. Juli. Beim Baden ertrank infolge eines Herzschlags der 13 1/2 Jahre alte Friedrich Wieland, Sohn des Photographen Wieland hier.

D. **Friedrichsheim** bei Marzell, 29. Juli. Nach einigen Tagen fast unerträglicher Hitze kam heute Abend die ersehnte Abkühlung. Gegen halb 11 Uhr zog über unseren Höhen ein furchtbares Gewitter mit Regen und Hagelschlag. Die Hagelkörner hatten die Größe wie Taubeneier, und heute Morgen konnte man ganze Haufen, welche von den Wassermengen zusammen gespült wurden, noch sehen. Die ganzen Feldfrüchte sind vernichtet. Gegen Südosten ist jedenfalls durch Blitzschlag ein Brand entstanden, denn der Horizont war weithin rötlich beleuchtet.

F. **Lörrach,** 30. Juli. Den Parteigenossen und Volksfreund-Abonnenten zur gefl. Notiz, daß die Volksfreund-Filiale mit dem 1. August in die Hände des Herrn Franz Janzer übergeht. Wir hoffen, daß wir künftighin alle Klagen über unregelmäßige Zustellung des Blattes unterbinden können. Wenn man bedenkt, wie das Blatt von so vielen Seiten bekämpft wird, so muß man wirklich staunen, wie es trotzdem immer wieder gelingt, die Auflage des Blattes zu steigern. Und was [illegible] möglich [illegible] Wege [illegible] Leute [illegible] Und so [illegible] Wahrheit [illegible] Wahrheit [illegible] Wahrheit